

es Menschen auf den ersten Blick erscheinen mag.

Als Institution, deren Autonomie nicht zur Debatte steht, beansprucht die Kirche stets das Vertrauen beider Konfliktparteien. Für die bedrohten Minderheiten ersucht sie Gnade bei den Behörden, andererseits sieht sie sich bei einem solchen Einsatz dem Staat gegenüber verpflichtet, ihre "Schützlinge" vor weiteren Konflikten zu schonen.

Diese Einstellung führt die Kirche in eine gewisse Konfliktlage: Sie ist der Loyalität gegenüber den Menschen als Menschen verpflichtet, gleichzeitig verhält sie sich der Legalität und der herrschenden staatlichen Ordnung gegenüber treu. Hinzu kommt der missionarische Drang, die "Menschen" so zu gestalten, wie die Kirche sie haben will, ihnen "Böses" abzugewöhnen und sie zu braven, "zivilisierten" Untertanen zu erziehen.

Eingeholt durch die Geschichte

Das Diakonische Werk, das sich in Hamburg nun als Träger eines längerfristigen Betreuungsprojektes für heimatlose Roma vorgeschlagen hat, hat nicht gerade eine Tradition, die es unter den überlebenden Verfolgten und deren Angehörigen vertrauenswürdig macht. Im Großen und Ganzen hat das Diakonische Werk / Innere Mission, wie die Kirche im allgemeinen, zu der "Rassenpolitik" der Nationalsozialisten, zu den Deportationen und zu den Massenvernichtungen geschwiegen.

Der "Central-Ausschuß für Innere Mission" hatte selbst einen "Ständigen Ausschuß für Fragen der Rassenhygiene und Rassenpflege" unter der Leitung des Prof. Hans Harmsen. Dieser forderte bereits 1932, "Asozialität" unter die Sterilisationsdiagnosen aufzunehmen und erklärte 1933, er begrüße den Nationalsozialismus "mit Dankbarkeit und Freude", denn er verfolge gleiche rassenhygienische Ziele. Zu den "Asozialen" zählten

zivilierte Menschen machen wollten. Darunter fehlte nicht "Hilfe zur Gewöhnung an Kontinuität und Einhaltung von Absprachen ... Vertrautmachen mit hier gültigen Werten und Normen z. B. Eigentumsbegriff, Hygiene, Bekleidung, Einüben veränderten Sozialverhaltens" und vieles mehr.

Die Umerziehungsmaßnahmen des Diakonischen Werkes wurden auch durch Kontroll- und Drohmaßnahmen begleitet: Die "Betreuer" der Frau Engel unterhielten ständigen Kontakt zu den Behörden zwecks Überwachung der Familien, die sie "begleiten" sollten. Eine solche Zusammenarbeit übte Frau Engel mit dem Sozialamt, aber auch mit der Kriminalpolizei, "um bei Rechtswidrigkeiten Mißverständnisse zu vermeiden und den Fam.mitgl. der Fam. S. Konsequenzen ihres Handelns verdeutlichen zu können" (aus: Bericht über die Situation der Familie Salkanovic im November 1981, S. 1)

Das Ergebnis dieser "Betreuung" der Familie Salkanovic durch Frau Engel und ihre Institution, das Diakonische Werk, war für die Familie selbst das Vertreibungsurteil. In einem letzten, als "vertraulich" eingestuften "Bericht zur Situation der Familie Salkanovic, August 1982" schildert Engel die Funktion ihres Projektes als Bewährungshilfe und Richter über die Zukunft der Familie zugleich:

"Zwei Jahre lang wurde der Familie S. dringend nahegelegt, auf ihre traditionellen Nebenverdienste durch Betteln und auf das Stehlen zu verzichten mit dem Hinweis, daß dadurch die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigungen gefährdet wäre. Dadurch wurde zwei Jahre lang die Hoffnung der Familie S. auf Aufenthaltsgenehmigung genährt und zugleich enttäuscht" (S. 1).

Hier greift Engel zum Mittel der "Charakterisierung" und "Diagnostizierung" und kommentiert die Roma und deren Gewohnheiten wieder im alten Stil der Rassengutachter, die sie in die Gaskammer schickten: "Ihrem in den vergangenen zwei Jahren gezeigten Verhalten nach muß die

Familie fortzusetzen" (ebd., S. 5).

Kurz nach der Abgabe dieses Berichtes wurde die Familie Salkanovic nach Jugoslawien abgeschoben. Als gutachterliche Stellungnahme zur "Asozialität" der Familienmitglieder diente das Schreiben der Frau Engel, in dem der traditionelle Rassismus reproduziert und in eine Machtbedingte Aktion der Ausgrenzung und Entfernung aus dem arisch-deutschen Zivilisationsstaat umgesetzt wurde.

Ein Import aus Köln im Geiste der Mission

Edeltraud Engel ist im August 1989 nach wie vor Leiterin der Abteilung für Ökumenische Diakonie beim Diakonischen Werk Hamburg. Uns ist kein Signal und kein Zeichen des Protestes aus kirchlichen Kreisen gegen Engels Vorgehensweise im Fall Salkanovic bekannt. Vielmehr erwartet Engel nach den Plänen des Bischofs und der Evangelischen Kirche sogar ein gewisser Aufstieg.

Gegen die Proteste der Betroffenen übergab die Hamburger Bischofskanzlei der Behörde letzte Woche ihre "Konzeption für ein Modell-Projekt Partnerschaft mit Roma". Im Rahmen des Projektes soll eine Beratungsstelle für heimatlose Roma beim Diakonischen Werk, unter der Obhut der Frau Engel angesiedelt werden. Diese wird zunächst für zwei aus den 80 von Abschiebung bedrohten Roma-Familien sogenannte deutsche "Partner" vermitteln, die sie über einen bestimmten Zeitraum "begleiten" und "betreuen" werden, nicht zuletzt im Sinne der Diakonie. Wieder sind es die deutschen "Partner" und die Kirche, die über den Grad der Integration urteilen und das Schicksal der Betroffenen gemessen an ihrer "Anpassung" bestimmen sollen.

Als besonders aktiv bei der Entwerfung der gegenwärtigen "Konzeption" erwies sich der evangelische Pfarrer Klaus Jähn aus Hamburg-Bramfeld. Bereits im Mai 1989 stieß er mit einer ersten Vorlage auf die heftige Ablehnung des gesamten



Die Zeiten ändern sich. Die Erwartungen nicht.

Projektes seitens der Roma, die sich am Hungerstreik beteiligt hatten. Doch Jähn zeigte sich fest entschlossen, ein von Deutschen geführtes "Bewährungsprojekt" um jeden Preis - auch gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen - zustande zu bringen.

Man fragt sich angesichts dieser Entschlossenheit nach Motivation und Zielsetzungen der kirchlichen Funktionäre, was die "Betreuung" von Roma und Cinti, aber auch von anderen Minderheiten angeht. Offenbar

empfinden sie einen Drang zur Wiederherstellung der Ordnung und der Scheinharmonie dort, wo diese verletzt worden ist. Gleichzeitig sind sie von sich selbst und von der Überlegenheit ihrer Kultur fest überzeugt und daher bereit, stur und rechthaberisch gegen die Betroffenen und mit den verschiedensten staatlichen Stellen zu arbeiten, um die "Objekte" ihrer Betreuungsarbeit "umzugestalten" und aus ihnen neue Menschen nach ihrem Ebenbild zu schaffen.